

Cloer, Adrian

Einführung in das Internationale Steuerrecht

Einführung in das internationale Steuerrecht

Ein fallbasiertes Lehrbuch

von
Adrian Cloer

Verlag Franz Vahlen München

vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 3834 5

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 8006 7501 2

ISBN E-Book (ePUB) 978 3 8006 7823 5

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



vahlen.de/nachhaltig

produksicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich über Ihr Interesse an diesem Lern- und Lehrbuch. Ziel ist es, den Einstieg zu ermöglichen und sodann mit dem Werk auch weiter arbeiten zu können – sei es im Studium oder in der Praxis. Ob dies mir gelungen ist, können nur Sie beurteilen, umso mehr freue ich mich auf Ihre Kritik, Ihre Korrekturhinweise oder einfach nur Anregungen erbitte ich an adrian.cloer@ebs.edu

Die Erstellung des Werkes setzt sowohl Expertise im als auch Freude am internationalen Steuerrecht voraus, hierbei hat mich eine Vielzahl von Personen geprägt. Hervorheben und danken möchte ich drei Personen in besonderer Weise, da sie mich in meinem beruflichen Umfeld immer wieder unterstützt haben, nämlich durch fordern und fördern: Mein wissenschaftlicher Lehrer Univ.-Prof. Dr. Stephan Kudert, Frankfurt (Oder) sowie meine ersten beiden Chefs, zunächst Prof. Dr. Christian Schmidt, StB, Nürnberg und sodann Dr. Michael A. Müller, WP/StB, Berlin.

Gewidmet ist das Buch meinen beiden Töchtern Maria und Martha.

Finkenkrug, Oestrich-Winkel, Januar 2025

Adrian Cloer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Teil A

Vorbemerkung	1
--------------------	---

Stoffabgrenzung und Auswirkungen auf die Prüfungsreihenfolge

1. Allgemeine Einordnung des Internationalen Steuerrechts	7
2. Rechtsquellen bei grenzüberschreitenden Aktivitäten	8
3. Lernhinweise	13
4. Nachweise	15

Teil B

Nötiges Vorwissen	17
-------------------------	----

1. Die Kernbegriffe im innerstaatlichen Steuerrecht	17
1.1 Inland	17
1.2 Wohnsitz	18
1.3 Gewöhnlicher Aufenthalt	20
1.4 Geschäftsleitung	21
1.5 Sitz	23
1.6 Betriebsstätte	24
1.7 Ständiger Vertreter	27
2. Der Umgang mit Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen ausländischen Rechts	29
3. Ergänzende Hinweise zur Nichtbeachtung steuerlicher Vorschriften	33
3.1 Entzug des Reisepasses bzw. des Personalausweises	33
3.2 Weitere Maßnahmen	35

3.2.1	Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	35
3.2.2	Fahndungsplakate	36

Teil C

Inbound-Fall ohne DBA	37
1. Grundlagen – natürliche Personen	37
2. Ausschluss unbeschränkte Steuerpflicht	38
3. Sachliche Steuerpflicht dem Grunde nach: inländische Einkünfte	40
3.1 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	44
3.2 Einkünfte aus Gewerbebetrieb	45
3.2.1 Betriebsstätte oder ständiger Vertreter	45
3.2.2 Ergänzungstatbestand für Darbietungen	47
3.2.3 Einkünfte aus der Veräußerung von Kapitalgesellschaften	48
3.3 Vermietung und Veräußerung von Grundstücken und bestimmter Rechte	49
3.4 Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	51
3.5 Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	53
3.6 Einkünfte aus Kapitalvermögen	57
3.7 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	58
3.8 Sonstige Einkünfte i. S. d. § 22 EStG	59
3.9 Luftfahrt- und Seeschiffunternehmen	61
3.9.1 Beförderungen	61
3.9.2 Betriebsgemeinschaften	62
3.9.3 Gewinnermittlung	62
3.9.4 Befreiung bei Gegenseitigkeit	63
3.9.5 Tonnagebesteuerung	63
3.10 Isolierende Betrachtungsweise	64
4. Durchführung der Besteuerung und Steuerpflicht der Höhe nach	65
4.1 Ausgangspunkt: § 50 EStG	65
4.2 § 50 Abs. 2 S. 1 Anordnung der Abgeltungswirkung des Steuerabzugs	67
4.3 Ausnahmen von der Abgeltungswirkung	71
4.4 Besonderheit des § 50a Abs. 7 EStG – Sicherungseinbehalt	72
4.5 Besonderheiten bei Veranlagung	73
4.5.1 Grundsatz	73
4.5.2 Besonderheit des Progressionsvorbehalts in bestimmten Fällen, insb. Arbeitnehmer	74
4.6 Steuererlass und Steuerpauschalierung (§ 50 Abs. 4 EStG)	77
4.7 Entlastung von Doppelbesteuerung bei Dreieckssachverhalten	79
4.8 Sonderfall der fiktiv unbeschränkten Steuerpflicht	80
5. Besonderheiten bei ausländischen Körperschaften	83
5.1 Besteuerungsverfahren	85
5.2 Besonderheiten bei Dividenden	85

5.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Dreieckssachverhalten	87
5.4	Anwendbarkeit von Vorschriften	87
5.5	Zwei-Fünftel-Erstattung	87
6.	Personengesellschaften	89
6.1	Grundüberlegungen	89
6.2	Gewerbliche Personengesellschaften	90
6.3	Sonderfall: Grenzüberschreitende Betriebsaufspaltung	93
6.4	Vermögensverwaltende Personengesellschaft	94

Teil D

Gewerbsteuerpflicht	97
1. Grundsätze	97
2. Im Einzelnen	98

Teil E

Auslandssachverhalte von Steuerinländern (ohne DBA ohne EU)	101
1. Natürliche Personen	102
1.1 Welteinkommensprinzip	102
1.2 Einkünftermittlung nach deutschem Steuerrecht	104
1.3 Währungsfragen	105
1.4 Nichtabzugsfähigkeit der ausländischen Steuern	107
1.5 Nichtabzugsfähigkeit von Erwerbsaufwendungen	107
1.6 Ausländische Verluste	107
1.7 Handelsschiffe im internationalen Verkehr	111
1.8 Vermeidung der Doppelbesteuerung	112
1.8.1 Grundsätzliche Überlegungen	112
1.8.2 Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	114
1.8.3 Die Normen im Überblick	116
1.8.4 Die Anrechnungsmethode im Einzelnen	116
1.8.4.1 Unbeschränkte Steuerpflicht	116
1.8.4.2 Ausländische Einkünfte	117
1.8.4.3 Vergleichbarkeit der Steuer	117
1.8.4.4 Übereinstimmung der Herkunft der Einkünfte und ihrer Steuer	118
1.8.4.5 Personenidentität (persönliche Identität)	119
1.8.4.6 Einkünfteidentität (sachliche Identität)	120
1.8.4.7 Zeitidentität	120
1.8.4.8 Anrechnungshöchstbetrag	121
1.8.4.9 Zum Verständnis der aktuellen Ausgestaltung des Anrechnungshöchstbetrag	122

1.8.5	Zusammenfassung Anrechnungsmethode	123
1.8.6	Der wahlweise Abzug	123
1.8.7	Der Abzug von Amts wegen	125
1.8.7.1	Nichtentsprechung	125
1.8.7.2	Nichtübereinstimmung der Herkunft der Einkünfte und der Besteuerung	125
1.8.7.3	Keine ausländischen Einkünfte	126
1.8.8	Weitere Ermäßigungsmöglichkeiten	127
1.8.8.1	Voraussetzungen	127
1.8.8.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht	127
1.8.8.1.2	Volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit	127
1.8.8.1.3	Besondere Schwierigkeiten	127
1.8.8.1.4	Erlass oder Pauschalierung	128
1.9	Grundsätzlich kein Progressionsvorbehalt	129
1.10	Anrechnung der ausländischen Gewerbesteuer	129
2.	Körperschaftsteuerrecht	130
2.1	Allgemeines	130
2.2	Nichtabzugsfähigkeit von Personensteuern	131
2.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung	131
2.4	Sonderregelung bei Dividenden	133
2.4.1	Grundsätzliches	133
2.4.2	Korrespondenzprinzip	134
3.	Personengesellschaften	136
3.1	Zuordnung einer Komplementärgesellschaft bei einer ausländischen KG	136
3.2	Intransparente Personengesellschaften	137
4.	Gewerbesteuer	139
4.1	Einführung	139
4.2	Notwendigkeit von Kürzungsvorschriften	140
4.3	Keine betriebsstättenlosen Einkünfte	140
4.4	Konstellation: Inländischer Gewerbebetrieb ohne ausländische Betriebsstätte	141
4.4.1	Gewerbesteuerliches Schachtelprivileg – Beteiligung an Kapitalgesellschaften	142
4.4.2	Gewerbesteuerliches Schachtelprivileg – Absenkung der Beteiligungsschwelle im DBA-Fall	143
4.5	Konstellation: Inländischer Gewerbetreibender mit ausländischer Betriebsstätte	144
4.6	Konstellation: Inländischer Gewerbetreibender mit ausländischer gewerblicher Personengesellschaft	145

Teil F

DBA-Recht und DBA-Überschreibungen	147
1. Vorbemerkungen	147
2. Grundsätzliches	148
3. Verhältnis des Abkommensrechts zum innerstaatlichen Recht	153
4. Sinn und Zweck eines DBA	158
5. Struktur eines DBA im Überblick	159
6. Grundvoraussetzung für die Anwendung eines DBA	165
7. Auslegung von DBA	166
7.1 Grundlagen	166
7.2 Prüfungsschema	169
7.2.1 Eigene (abkommensrechtliche) Definition	169
7.2.2 Fehlen einer abkommensrechtlichen Definition	170
7.2.3 Auslegung nach Art. 31 WRV	172
7.2.4 Authentische Auslegung	173
7.3 Grundsatz der Entscheidungsharmonie	175
7.4 Bedeutung des OECD-Musterkommentars	177
7.4.1 Bemerkungen und Vorbehalte	178
7.4.2 Statische oder dynamische Auslegung	179
7.4.2.1 Dynamische Auslegung	180
7.4.2.2 Statische Auslegung	181
7.4.2.3 Stellungnahme	181
7.5 Anwenderstaats- vs. abkommensorientierte Auslegung	182
7.5.1 Anwenderstaatsorientiertes Verständnis	183
7.5.2 Abkommensorientiertes Verständnis	185
7.5.3 Abschließender Fall	189
8. Vorbemerkung zur Funktionsweise eines DBA	190
9. Zugang zum Abkommen	191
9.1 Steuerpflichtiger	191
9.2 Persönliche Abkommensberechtigung	192
9.3 Doppelansässigkeit bei natürlichen Personen	196
9.4 Doppeltansässige Gesellschaften	199
9.5 Deutsche Besonderheiten	200
9.6 Sachlicher Anwendungsbereich	201
9.7 Besonderheiten in bestimmten DBA	202
10. Einkunftsarten	202
10.1 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen	202
10.1.1 Verwaltungsanweisungen	203
10.1.2 Grundkonzeption	203
10.1.3 Verhältnis zu anderen Vorschriften	203
10.1.4 Im Einzelnen	204
10.1.5 Deutsche Besonderheiten	205

10.2	Einkünfte eines Unternehmens	206
10.2.1	Verwaltungsanweisungen	206
10.2.2	Grundkonzept	207
10.2.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	207
10.2.4	Im Einzelnen	207
10.2.5	Deutsche Besonderheiten	210
10.2.5.1	Verständnis des Unternehmensbegriffs	210
10.2.5.2	Bemerkungen zum OECD-MK	211
10.2.5.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung	212
10.3	Art. 8 See- und Binnenschifffahrt und Luftfahrtunternehmen	212
10.3.1	Verwaltungsanweisungen	212
10.3.2	Grundkonzeption	212
10.3.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	212
10.3.4	Die Regelung im Einzelnen	212
10.3.5	Deutsche Besonderheiten	213
10.3.5.1	Ausweitung auf Binnenschifffahrt	213
10.3.5.2	Besondere Luft- und Schifffahrt-DBA	213
10.3.5.3	Hinweis auf besondere Gewinnermittlung	214
10.4	Art. 9 Verbundene Unternehmen	214
10.4.1	Verwaltungsanweisungen	214
10.4.2	Grundkonzeption	214
10.4.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	215
10.4.4	Die Regelung im Einzelnen	215
10.4.5	Deutsche Besonderheiten	217
10.5	Dividenden, Zinsen und Lizenzen	217
10.5.1	Verwaltungsvorschriften	218
10.5.2	Grundkonzeption	218
10.5.3	Verhältnis zu anderen Regeln	219
10.5.4	Die Vorschrift im Einzelnen	219
10.5.4.1	Quellenbesteuerungsrechte	219
10.5.4.2	Nutzungsberechtigter	220
10.5.4.3	Definition der Einkunftsarten	221
10.5.4.3.1	Dividenden	221
10.5.4.3.2	Zinsen	224
10.5.4.3.3	Lizenzen	227
10.5.5	Betriebsstättenvorbehalt bei Dividenden, Zinsen und Lizenzen	229
10.5.6	Besonderheit bei Dividenden: Verbot der extraterritorialen Besteuerung	231
10.5.7	Korrekturvorschrift bei Zinsen und Lizenzen	232
10.5.8	Technische Dienstleistungen im Rahmen der Lizenzbesteuerung ..	233
10.5.9	Deutsche Besonderheiten	234
10.5.9.1	Dividenden	234
10.5.9.2	Zinsen	234
10.5.9.3	Lizenzen	235
10.5.10	Vermeidung der Doppelbesteuerung	235

10.6	Veräußerungsvorgänge	235
10.6.1	Verwaltungsvorschriften	235
10.6.2	Grundkonzept	236
10.6.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	236
10.6.4	Die Vorschrift im Einzelnen	237
10.6.4.1	Veräußerung unbeweglichen Vermögens	237
10.6.4.2	Veräußerung beweglichen Betriebsstättenvermögens	239
10.6.4.3	Veräußerung von Schiffen und Flugzeugen	241
10.6.4.4	Veräußerung von Immobiliengesellschaften	241
10.6.4.4.1	Grundsätzliches	241
10.6.4.4.2	Entwicklungen im Nachgang zur OECD-MA Aktualisierung 2017 und weitere Besonderheiten	244
10.6.4.5	Auffangtatbestand für weitere Veräußerungen	245
10.6.5	Deutsche Besonderheiten	247
10.6.5.1	Quellenbesteuerungsrecht	247
10.6.5.2	Wertverknüpfung bei Wegzugsbesteuerung	247
10.6.5.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung	248
10.7	Einkünfte aus selbständiger Arbeit	248
10.7.1	Verwaltungsanweisungen	248
10.7.2	Grundkonzept	249
10.7.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	249
10.7.4	Die Vorschrift im Einzelnen	249
10.7.5	Deutsche Besonderheiten	252
10.7.5.1	Weiterhin bestehende DBA mit Art. 14 OECD-MA 1997	252
10.7.5.2	Tätigkeitsbezogener Mindestaufenthalt	253
10.7.5.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung	253
10.8	Arbeitnehmer	253
10.8.1	Verwaltungsanweisungen	254
10.8.2	Grundstruktur	254
10.8.3	Verhältnis zu anderen Einkunftsarten	255
10.8.4	Die Regelung im Einzelnen	255
10.8.4.1	Begriff des Arbeitnehmers	255
10.8.4.2	Wohnsitzprinzip	256
10.8.4.3	Arbeitsortprinzip	256
10.8.4.3.1	Die 183-Tage	257
10.8.4.3.2	Zahlung durch Arbeitgeber	258
10.8.4.3.3	Nichttragen von einer Betriebsstätte im Tätigkeitsstaat	260
10.8.4.4	Nichttätigkeit oder Drittstaatentätigkeit	260
10.8.4.5	Bordpersonal	262
10.8.5	Deutsche Besonderheiten	263
10.8.5.1	Arbeitgeber als Personengesellschaft	263
10.8.5.2	Fiktion der Tätigkeit bei Heimarbeit	263
10.8.5.3	Leitende Angestellte	264
10.8.5.4	Grenzgänger	265
10.8.5.5	Seeschiff- und Luftfahrt-DBA	266

10.8.5.6	Vermeidung der Doppelbesteuerung	266
10.9	Einkünfte als Aufsichtsrat- und Verwaltungsratsmitglied	266
10.9.1	Verwaltungsanweisungen	267
10.9.2	Grundprinzipien	267
10.9.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	267
10.9.4	Im Einzelnen	267
10.9.5	Besonderheiten in der deutschen Abkommenspraxis	269
10.10	Künstler und Sportler	270
10.10.1	Verwaltungsanweisungen	270
10.10.2	Grundkonzeption	270
10.10.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	270
10.10.4	Die Regelung im Einzelnen	271
10.10.5	Deutsche Besonderheiten	274
10.11	Ruhegehälter bzw. Renten	274
10.11.1	Verwaltungsanweisungen	276
10.11.2	Grundkonzept für Ruhegehälter und Renten	276
10.11.3	Verhältnis zu anderen Verteilungsartikeln	276
10.11.4	Die Regelung im Einzelnen	277
10.11.5	Deutsche Besonderheiten	278
10.12	Öffentlicher Dienst	278
10.12.1	Verwaltungsanweisungen	279
10.12.2	Grundkonzept	279
10.12.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	279
10.12.4	Die Regelung im Einzelnen	280
10.12.4.1	Vergütung für gegenwärtige Dienste	280
10.12.4.2	Vergütung für frühere Dienste	282
10.12.4.3	Geschäftstätigkeiten	283
10.12.5	Deutsche Besonderheiten	285
10.12.5.1	Grundsätzliches	285
10.12.5.2	Entwicklungshilfeklauseln	286
10.12.5.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung	286
10.13	Ausbildungsförderung	286
10.13.1	Verwaltungsanweisungen	286
10.13.2	Grundkonzept	286
10.13.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	287
10.13.4	Die Vorschrift im Einzelnen	287
10.13.5	Vermeidung der Doppelbesteuerung	288
10.14	Gastprofessoren	288
10.14.1	Verwaltungsanweisungen	289
10.14.2	Grundkonzept	289
10.14.3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	289
10.14.4	Die Regelung im Einzelnen	289
10.14.4.1	Situation bei Aufgabe der unbeschränkten Steuerpflicht in der Bundesrepublik	290

10.14.4.2 Situation bei Aufrechterhaltung der Ansässigkeit in der Bundesrepublik	293
10.14.5 Vermeidung der Doppelbesteuerung	293
10.15 Andere Einkünfte	294
10.15.1 Verwaltungsanweisungen	294
10.15.2 Grundkonzept	294
10.15.3 Verhältnis zu anderen Vorschriften	294
10.15.4 Die Regelung im Einzelnen	294
10.15.5 Vermeidung der Doppelbesteuerung	297
10.16 Die Besteuerung des Vermögens	298
10.16.1 Verwaltungsanweisung	299
10.16.2 Grundkonzept	299
10.16.3 Verhältnis zu anderen Vorschriften	299
10.16.4 Die Regelung im Einzelnen	300
10.16.5 Vermeidung der Doppelbesteuerung	302
11. Der Methodenartikel	303
11.1 Verwaltungsanweisungen	304
11.2 Grundkonzept	304
11.3 Verhältnis zu anderen Normen	307
11.4 Im Einzelnen	309
11.4.1 Die Freistellungsmethode	309
11.4.1.1 Überblick	309
11.4.1.2 Das internationale Schachtelprivileg	315
11.4.1.3 Weitere Einkünfte	317
11.4.1.4 Vermögen	317
11.4.1.5 Progressionsvorbehalt	317
11.4.1.6 Symmetriethese	318
11.4.2 Anrechnungsmethode	319
11.4.2.1 Überblick	319
11.4.2.2 Relevanz nur für Einkommensteuern	319
11.4.2.3 Anrechnung nur der gezahlten Steuern, die sich bei abkommenskonformer Anwendung ergeben	320
11.4.2.4 Weitergehende Einschränkungen durch das innerstaatliche Recht	320
11.4.2.5 Keine Verfassungswidrigkeit abweichender Methoden im Vergleich zu anderen Einkünften oder anderen Abkommen ...	321
11.4.2.6 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund Passivität	321
11.4.2.7 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund Qualifikationskonflikts	324
11.4.2.8 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund Zurechnungskonfliktes	325
11.4.2.9 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund fehlender- Besteuerung (Rückfallklausel)	327
11.4.2.10 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund Notifizierung ..	328

12. Sondervorschriften	329
12.1 Nichtdiskriminierung (Art. 24 OECD-MA = Art. 23 DBA-VG)	329
12.1.1 Verwaltungsanweisungen	329
12.1.2 Grundlegendes	329
12.2 Verständigungsverfahren	333
12.2.1 Verwaltungsanweisungen	333
12.2.2 Grundlegendes	333
12.3 Informationsaustausch	336
12.3.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	336
12.3.2 Grundlegendes	336
12.3.2.1 DBA-Regelungen	337
12.3.2.2 Innerstaatliche Rechtsgrundlagen	338
12.3.2.3 Weitere Formen des Informationsaustausches	339
12.3.2.3.1 Informationsaustauschabkommen	339
12.3.2.3.2 Amtshilfeübereinkommen	339
12.3.2.3.3 Gemeinsamer Meldestandard	340
12.3.2.3.4 FATCA	341
12.3.2.3.5 Länderspezifische Berichterstattung	342
12.3.2.3.6 Überwachung des Informationsaustausches	342
12.3.2.3.7 Besonderheit EU	343
12.4 Amtshilfe	343
12.4.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	343
12.4.2 Grundlegendes	343
12.5 Quellenbesteuerung	344
12.5.1 Verwaltungsanweisungen	344
12.5.2 Grundlegendes	344
12.6 Abkommensanwendung in bestimmten Fällen, d. h. Missbrauchs- vermeidung	346
12.6.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	346
12.6.2 Grundlegendes	346
12.7 Protokoll	348
13. Innerstaatliche Vorschriften, die Abkommensvorteile einschränken	349
13.1 Quellensteuerermäßigung (§ 50c sowie § 50d Abs. 3 EStG)	349
13.1.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	349
13.1.2 Grundlegendes zur Prüfung der Entlastungsberechtigung	349
13.1.3 Im Einzelnen	351
13.1.3.1 Anwendungsbereich	351
13.1.3.2 Tatbestand (Grundfall)	351
13.1.3.3 Persönliche Komponente	351
13.1.3.4 Sachliche Komponente	352
13.1.3.4.1 Prüfungsreihenfolge	352
13.1.3.4.2 Aktivitätsanforderungen im engeren Sinn	352
13.1.3.4.3 Anforderung der Nichtdurchleitung	354
13.1.3.4.4 Substanzanforderung	354
13.1.3.4.5 Funktionsanforderung	355

13.1.3.4.6 Entlastungsnachweis	355
13.1.3.4.7 Börsenklausel	356
13.1.3.4.8 Rechtsfolge	356
13.1.3.4.9 Verbleibende Missbrauchsbekämpfung	356
13.1.4 Mehrstufige Strukturen	357
13.1.5 Verfahren	358
13.2 Kassenstaatsklausel im DBA	360
13.2.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	360
13.2.2 Grundlegendes	360
13.3 Mitwirkungspflicht für Arbeitnehmer	362
13.3.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	362
13.3.2 Grundlegendes	362
13.4 Übergang zur Anrechnungsmethode aufgrund Qualifikations- konfliktes, Besserstellung des im Ausland nicht unbeschränkt Steuerpflichtigen und Zuordnungskonfliktes	363
13.4.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	363
13.4.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 9 Nr. 1 EStG	363
13.4.3 Grundlegendes zu § 50d Abs. 9 Nr. 2 EStG	364
13.4.4 Grundlegendes zu § 50d Abs. 9 Nr. 3 EStG	365
13.5 Mitunternehmerkonzept im DBA (§ 50d Abs. 10 EStG)	366
13.5.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen	366
13.5.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 10 EStG	367
13.6 Das abkommensrechtliche Schachtelprivileg bei hybriden Rechtsträgern (§ 50d Abs. 11 EStG)	369
13.6.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	369
13.6.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 11 EStG	370
13.7 Überleitung der Abkommensberechtigung (§ 50d Abs. 11a EStG)	370
13.7.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	370
13.7.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 11a EStG	371
13.8 Abfindungen (§ 50d Abs. 12 EStG)	373
13.8.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	373
13.8.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 12 EStG	373
13.9 Cum/Ex (§ 50d Abs. 13 EStG)	374
13.9.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	374
13.9.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 13 EStG	374
13.10 Option zur Körperschaftsbesteuerung (§ 50d Abs. 14 EStG)	375
13.10.1 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	375
13.10.2 Grundlegendes zu § 50d Abs. 14 EStG	375
13.11 Freistellung bei Arbeitnehmern	378
13.12 Umschaltklausel des § 20 Abs. 2 AStG	379

Teil G

Übergreifende Themen	381
1. Ver- und Entstrickung	381
1.1 Grundlegendes	381
1.2 Verstrickung	382
1.2.1 Einzelne Wirtschaftsgüter	382
1.2.2 Funktions- und Betriebsverlagerung	387
1.3 Entstrickung	389
1.3.1 Entstrickung einzelner Wirtschaftsgüter	391
1.3.2 Nutzungsentnahme	392
1.4 Funktionsverlagerung	392
1.5 Fiktive Betriebsaufgabe	394
1.6 Entstrickung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft außerhalb der Vermögenszuwachssteuer	397
1.7 Ausgleichsposten und Ratenzahlung	399
2. Besteuerungsinkongruenzen (§ 4i und 4k EStG)	400
2.1 Grundlegendes	400
2.2 § 4i EStG	401
2.3 § 4k EStG	402
2.3.1 Grundlegendes	402
2.3.2 Wichtige Verwaltungsanweisungen und weitere Hinweise	404
2.3.3 Anwendungsbereich	404
2.3.4 Vorschrift im Überblick	405
2.3.5 Abzug ohne korrespondierende Besteuerung	405
2.3.5.1 Einkünfte aus hybriden Finanzinstrumenten und hybride Übertragungen	405
2.3.5.1.1 Hybrides Finanzinstrument	405
2.3.5.1.2 Hybride Übertragung	406
2.3.5.1.3 Ausnahme bei späterer Beseitigung der Besteuerungs- inkongruenz	407
2.3.5.2 Abweichende steuerliche Behandlung des Steuerpflichtigen (Zurechnungskonflikt) und abweichende Beurteilung schuld- rechtlicher Beziehung (Konflikt fiktiver schuldrechtlicher Beziehungen)	408
2.3.5.2.1 Primärmaßnahme und Zurechnungskonflikt	408
2.3.5.2.2 Primärmaßnahme und Konflikt über die anzunehmende schuldrechtliche Beziehung	409
2.3.5.2.3 Ausnahme der Anwendung der Primärmaßnahme	410
2.3.5.2.4 Sekundärmaßnahme und Zurechnungskonflikt	411
2.3.5.3 Weitere Inkongruenzen mit Abzug ohne korrespondierende Besteuerung	412
2.3.5.3.1 Abweichende Zuordnung	412
2.3.5.3.1.1 Negation einer Betriebsstätte	412
2.3.5.3.1.2 Gegensätzliche Zuordnung	413

2.3.5.3.2	Abweichende Zurechnung	414
2.3.6	Doppelter Betriebsausgabenabzug (§ 4k Abs. 4 EStG)	415
2.3.6.1	Grundsatz	415
2.3.6.2	Ausnahmen	418
2.3.7	Importierte Besteuerungsinkongruenzen	418
3.	Steueroasenabwehrgesetz	419
3.1	Grundlegendes	419
3.2	Anwendungsbereich	420
3.3	Nicht kooperative Steuergebiete	422
3.4	Betroffene Geschäftsvorgänge	424
3.5	Abwehrmaßnahmen	425
3.5.1	Überblick	425
3.5.2	Abzugsverbot für Erwerbsaufwendungen	425
3.5.3	Verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung	427
3.5.4	Quellensteuermaßnahmen	427
3.5.5	Versagung von Vergünstigungen bei Bezug von Beteiligungserträgen und Erträge aus Beteiligungsveräußerungen	430
3.5.6	Gesteigerte Mitwirkungspflichten	432
4.	BEPS-Projekt	432
5.	BEPS 2.0	434
5.1	Säule 1	435
5.2	Säule 2	436

Teil H

Außensteuerrecht	437
1. Die Einkünftekorrektur nach § 1 AStG	437
1.1 Grundlegendes	437
1.2 Besonderheit Betriebsstättengewinnermittlung	439
1.3 Einkünftekorrektur bei nahestehenden Personen	445
1.3.1 Geschäftsbeziehung	445
1.3.2 Zum Ausland	446
1.3.3 Mit einer nahestehenden Person	446
1.3.4 Vereinbarung nicht fremdvergleichskonformer Bedingungen	449
1.4 Verrechnungspreismethoden	452
1.5 Dokumentationspflichten	454
1.5.1 Landesspezifische unternehmensbezogene Dokumentation	454
1.5.2 Stammdokumentation	455
1.5.3 Vorlageverlangen	455
1.5.4 Länderbezogener Bericht	455
1.6 Sanktionen	455
1.7 Konkurrenzverhältnis	456

2.	Wohnsitzwechsel in niedrigbesteuernde Gebiete	458
2.1	Historische Einordnung	458
2.2	Grundlegendes	460
2.3	Tatbestand	461
2.3.1	Deutscher (§ 2 Abs. 1 S. 1 AStG)	461
2.3.2	Inlandsverwurzelung (§ 2 Abs. 1 S. 1 AStG)	462
2.3.3	Fiktion einer Betriebsstätte	462
2.3.4	Niedrigbesteuerung (§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AStG i. V. m. § 2 Abs. 2 AStG)	463
2.3.5	Wesentliche wirtschaftliche Inlandsinteressen	465
2.3.6	Freigrenze	467
2.4	Rechtsfolge	467
2.5	DBA	468
2.6	Abschließender Fall	469
3.	Vermögenszuwachsbesteuerung	471
3.1	Grundlegendes	471
3.2	Tatbestand	473
3.2.1	Beobachtungs- und Verwurzelungszeitraum	473
3.2.2	Anteil i. S. des § 17 EStG	475
3.2.3	Veräußerungsfiktionen	476
3.2.3.1	Wegzug als Grundtatbestand	476
3.2.3.2	Unentgeltliche Übertragung	476
3.2.3.3	Auffangtatbestand	477
3.2.4	Rechtsfolge	479
3.2.4.1	Steuerpflicht des Vermögenszuwachses	479
3.2.4.2	Entrichtung der Steuer	480
3.2.5	Nur vorübergehende Abwesenheit	480
3.2.5.1	Grundtatbestand	481
3.2.5.2	Ergänzungs- und Auffangtatbestand	481
3.2.6	Widerruf der Ratenzahlungsmöglichkeit bzw. der Stundung	481
3.3	Vorheriger Zuzug in die Bundesrepublik	482
4.	Hinzurechnungsbesteuerung	482
4.1	Grundlegendes	483
4.2	Formen der Hinzurechnungsbesteuerung	484
4.3	Verhältnis zu § 42 AO	486
4.3.1	Anwendung von § 42 AO bei sog. Basisgesellschaften	486
4.3.2	Anwendung von § 42 AO in sonstigen Fällen	487
4.4	Tatbestand bei allgemeiner Hinzurechnungsbesteuerung	488
4.4.1	Unbeschränkt oder beschränkt Steuerpflichtiger als Hinzurechnungsempfänger	488
4.4.2	Ausländische Gesellschaft	490
4.4.3	Beherrschung	491
4.4.4	Zwischengesellschaft	491
4.4.4.1	Passive Einkünfte	491

4.4.4.2	Niedrigbesteuerung	499
4.4.5	Substanznachweis	500
4.5	Besteuerung eines beschränkt Steuerpflichtigen	501
4.6	Freigrenze	502
4.7	Hinzurechnungsbetrag	502
4.8	Kürzungsbetrag	505
4.9	Steueranrechnung	510
5.	Zurechnungsbesteuerung	512
5.1	Grundlegendes	514
5.2	Tatbestand	515
5.3	Entlastungsbeweis	516
5.4	Rechtsfolge bei fehlendem Entlastungsbeweis	516
5.4.1	Zurechnung	516
5.4.2	Einkunftsart	517
5.4.3	Anrechnung von Steuern	518
5.4.4	Zuwendung der ausländischen Stiftung	518
6.	Sonstige Vorschriften, insb. Umschaltklausel	519
6.1	Grundlegendes	519
6.2	Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen	519
6.3	Innerstaatliche Umschaltklausel	520
6.3.1	Tatbestand	520
6.3.1.1	Abkommensrechtliche Freistellung aus einer Tätigkeit einer Betriebsstätte im Ausland	520
6.3.1.2	Passive Einkünfte	521
6.3.1.3	Unerheblichkeit der Substanz	522
6.3.1.4	Ausnahme für Verluste	523
6.3.1.5	Ausnahme für Bedientatbestand bei Dienstleistungen	523
6.3.2	Rechtsfolge	525
6.4	Besonderheit bei StAbwG	525

Teil I

EU-Recht	527
1. Grundlegendes	527
2. Wesen der Europäischen Union	528
3. Grundlagen	530
3.1 Gegenstand des Primärrechts	530
3.2 Kompetenzen	530
3.3 Wichtige Organe	530
3.4 Rechtsakte	532
3.5 Gesetzgebungsverfahren	533
3.6 Regelung von Steuern im AEUV	534
3.7 Grundfreiheiten	536

3.7.1	Einführung	536
3.7.2	Allgemeines Diskriminierungsverbot und Freizügigkeitsrecht	537
3.7.3	Struktur der Grundfreiheiten	540
3.7.4	Gemeinsames Prüfungsschema	541
3.7.4.1	Anwendbarkeit	541
3.7.4.2	Schutzbereich	542
3.7.4.3	Beschränkung	542
3.7.4.4	Rechtfertigung	545
3.7.4.5	Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe	545
3.7.4.6	Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	545
3.7.4.6.1	Missbrauchsbekämpfung	545
3.7.4.6.2	Effizienz der Besteuerung	546
3.7.4.6.3	Steuerliche Kontrolle	547
3.7.4.6.3.1	Steuerliche Kohärenz	547
3.7.4.6.3.2	Wahrung der Aufteilung der Besteuerungsbefugnis	548
3.7.4.6.3.3	Vermeidung der doppelten Verlustnutzung	548
3.7.4.6.4	Nicht anerkannte Rechtfertigungsgründe	549
3.7.4.6.5	Verhältnismäßigkeit	549
3.8	Grundrechte	551
3.9	Beihilfeverbot	551
3.10	Richtlinien	554
3.10.1	Wichtige ertragsteuerliche Richtlinien	554
3.10.2	Mutter-Tochter-Richtlinie (MTR)	554
3.10.2.1	Ziel	554
3.10.2.1.1	Wesentliche Regelung	554
3.10.2.1.2	Besonderheit im Verhältnis zur Schweiz	555
3.10.2.1.3	Umsetzung in der Bundesrepublik	555
3.10.2.2	Fusions-RL (FR)	556
3.10.2.2.1	Ziel	556
3.10.2.2.2	Wesentliche Regelung	556
3.10.2.2.3	Umsetzung in der Bundesrepublik	557
3.10.2.3	Zins- und Lizenzrichtlinie (ZLR)	557
3.10.2.3.1	Ziel	557
3.10.2.3.2	Wesentliche Regelung	558
3.10.2.3.3	Besonderheit im Verhältnis zur Schweiz	558
3.10.2.3.4	Umsetzung in der Bundesrepublik	558
3.10.2.4	RL zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken	558
3.10.2.4.1	Ziel	558
3.10.2.4.2	Wesentliche Regelung	559
3.10.2.4.3	Umsetzung in der Bundesrepublik	560
3.10.3	Weitere Richtlinien	560
3.10.3.1	Mindestbesteuerungsrichtlinie	560
3.10.3.2	Streitbeilegungsrichtlinie	561
3.10.3.3	Ertragsteuerinformationen	562
3.10.3.4	Zusammenarbeitsrichtlinie	563

3.10.3.5	Beitreibungsrichtlinie	565
3.10.4	Richtlinienvorschläge (einschl. zwischenzeitlicher Rechts- entwicklungen)	566
3.10.4.1	DEBRA	566
3.10.4.2	Verrechnungspreise	566
3.10.4.3	Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke	567
3.10.4.4	FASTER	568
3.10.4.5	BEFIT	569
3.10.4.6	Hauptsitzbasiertes Steuersystem	569
3.10.5	Weitere zurzeit nicht weiterverfolgte Richtlinienvorschläge (direkte und indirekte Steuern)	570
3.10.6	Weitere Maßnahmen	570
3.10.6.1	Verhaltenskodex Unternehmensbesteuerung	570
3.10.6.2	Verrechnungspreisforum	572
3.10.6.3	Schiedsübereinkommen	572
Stichwortregister	575